

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

9.

Punkt 7 der Tagesordnung: Teilnahme am Landeswettbewerb „Klimaneutrale Kommune“

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7, Vorlage Nr. 515, zur Behandlung auf.

Stadträtin Baitinger (SPD): Auch wenn sich die SPD-Fraktion durchaus bewusst ist, dass beim Stichwort Wettbewerb der eine oder andere Stöhner und Seufzer durch die Bürgerschaft geht, weil man von vielen Wettbewerben gehört hat, an denen sich die Kommune Karlsruhe nicht so erfolgreich beteiligt hat, so ist doch dieser Wettbewerb einer von etwas anderer Natur und sehr unterstützenswert. Er ist von anderer Natur, weil er die Bürgerinnen und Bürger zunächst in keiner Weise berührt, es geht um das Erstellen einer Studie für Maßnahmen des Klimaschutzes ab 2020 mit dem ehrgeizigen, aber auch realistischen Ziel, bis zum Jahr 2050 alle Energie regenerativ, also CO₂-neutral, zur Verfügung zu stellen. Dieses Ziel haben wir uns indirekt auch vorgenommen als Stadt Karlsruhe bei unserem 2-2-2-Konzept für das Jahr 2020. Hochgerechnet führt es dann zu genau diesem Ergebnis.

Wichtig ist die Teilnahme an so einem Wettbewerb, weil damit dynamische Prozesse angestoßen werden, die ggf. auch einen früheren Umstieg auf ein vollständiges, regeneratives und CO₂-neutrales Energiesystem ermöglichen und die aus dem Wettbewerb der verschiedenen Städte und der verschiedenen Konzepte die effektivsten Möglichkeiten generieren. Aus diesem Grund begrüßen wir den Ansatz, dass die Stadt Karlsruhe, die ja schon einiges an Vorarbeit geleistet hat, auch mit Unterstützung dieses Hauses, sich dem Wettbewerb stellt unter der Maßgabe der Förderung durch das Land. Hier sind wir uns auch einig, dass eine vollständige Finanzierung

durch die Stadt Karlsruhe dieser Studie nicht in Frage kommt. Vielleicht gibt es einen späteren Zeitpunkt, wo man das könnte, aber ich bin sicher, das große Potential, das unsere Stadt hat, sowohl in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht als auch in der Kompetenz im Bereich Klimaschutz, wird im Bereich der schon vorgearbeiteten Leistungen eine sehr gute Ausgangsbasis schaffen für diesen Wettbewerb des Landes Baden-Württemberg. Deshalb werden wir der Teilnahme zustimmen.

Ich hätte dann aber noch einige Fragen, die sich auf die Vorlage beziehen. Zum einen findet sich in der Vorlage auch die Angabe, dass die Städte, die als Sieger aus dieser Konkurrenz hervorgehen, Projekte gefördert bekommen, die sich aus den jeweiligen Konzepten ergeben. Für diesen Fördertopf stehen 1,4 Mio. laut Vorlage zur Verfügung. Nun sind in Anbetracht des globalen Problems des Klimawandels 1,4 Millionen fast wörtlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Meine Frage ist: Sind diese 1,4 Millionen die Gesamtsumme oder sind die jährlich für Projekte zur Verfügung? Das sind ja Landesmittel.

Meine zweite Frage ist: Werden diese Studienergebnisse veröffentlicht, so dass auch unterlegene Kommunen daraus Nutzen ziehen können oder müssen die Studien sozusagen unter Denkmal- oder Markenschutz gestellt werden, so dass jede Kommune nur ihr eigenes Ergebnis verwenden kann? Denn gerade der Gedanke, hier vom gesamten Know-how zu profitieren, wäre für uns ein sehr wichtiger.

Letzte Frage: Ist es denkbar oder weiß man schon, wer für die Stadt Karlsruhe die Studie erstellen wird, und ist es in öffentlicher Sitzung überhaupt zu erfahren?

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Wiedemann (CDU): Wir haben von den Vorrednern erfahren, dass Klimaschutz dringend notwendig ist. Das ist ausführlich ausgebreitet worden. Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr hat einen Wettbewerb ausgeschrieben, und die Stadt Karlsruhe möchte sich an diesem Wettbewerb beteiligen.

Die Stadt Karlsruhe hat schon vieles erreicht, hat vieles auf den Weg gebracht. Die CDU-Fraktion unterstützt diesen Vorschlag, dass die Stadt Karlsruhe an diesem Wettbewerb teilnimmt, und wir wünschen unserer Stadt viel Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Auch die grüne Fraktion begrüßt ausdrücklich die Teilnahme an diesem Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“. Wir gehen davon aus, dass diese sicher sehr qualifizierte Studie - es sind ja auch qualifizierte Büros angefragt - noch einmal neue Maßnahmen im Bereich Klimaschutz in den verschiedenen Bereichen identifizieren wird. Was uns ganz wichtig ist, ist der Aspekt, der hier herkommt, diese langfristige Strategie zu entwickeln. Das geht bisher häufig noch zu sehr unter. Wir müssen über 2020 hinaus denken. Wir müssen danach auch noch ganz stark runter mit den Kohlendioxid-Emissionen. Da fehlt oft noch so dieser strategische Ansatz. Wir hoffen, dass gerade das hier deutlich beleuchtet wird.

In dem Zusammenhang, weil wir uns alle so schön einig sind, will ich jetzt doch noch eine Kontroverse ansprechen. Gerade deswegen meinen auch wir Grünen auf allen Ebenen, auch auf Bundesebene, dass eben neue Kohlekraftwerke ausgesprochen kontraproduktiv sind, selbst wenn sie supermodern sind. Vor dem Hintergrund der langfristigen Strategie sind sie aber einfach im Augenblick der falsche Weg.

Die kurz- und langfristige Strategie müssen aufeinander abgestimmt sein. Da erhoffen wir uns hier auch wichtige Impulse von dieser Studie. Sehr gut auch natürlich, dass Kostengesichtspunkte hier mit berücksichtigt werden. Wir alle wissen, in vielen Bereichen trägt sich der Klimaschutz, lohnt sich der Klimaschutz sogar finanziell. Das wird herausgearbeitet - und natürlich ganz prima, dass hier auch Fördermittel winken, wobei, Frau Baitinger hat es schon angesprochen, wenn das nur eine Gesamtsumme ist für alle Jahre, dann ist das etwas wenig, besser als nichts, aber doch ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir würden uns natürlich auch wünschen, dass dieses Geld jährlich fließt. Vielleicht kann sich da bei der Landesregierung in den nächsten Jahren noch einiges bewegen.

Auf jeden Fall würden wir uns wünschen, dass auch Dank dieses Wettbewerbs Karlsruhe früher oder später zur klimaneutralen Musterkommune wird. Das wäre natürlich ein prima Ziel.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Høyem (FDP): Es ist bestimmt eine gute Idee, dass Baden-Württemberg so einen Landeswettbewerb ausgeschrieben hat. Trotzdem ist es nicht absolut notwendig, dass Karlsruhe an diesem Wettbewerb teilnimmt. Wir haben verstanden, dass Fördermittel bereitstehen. Aber diese zu oft benutzte Argumentation ändert nichts daran, dass diese Fördermittel auch Steuergeld ist.

In unserer gegenwärtigen Haushaltslage sind wir nicht sicher, ob wir 18 000 € von unserem Haushalt benutzen sollen. Wir sind auch unsicher, ob unserer schon belasteten Verwaltung diese extra Arbeitsaufgaben zumutbar sind. Die genannte Zusammenarbeit mit Unternehmen und die schönen Synergieeffekte können auch ohne Teilnahme an diesem Wettbewerb stattfinden. Wenn wir immer und immer über notwendige Sparmaßnahmen und eine sehr ausgelastete Verwaltung sprechen, denken wir, dass wir auf diesen Wettbewerb verzichten können.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Lieber Herr Høyem, genau das ist der Vorteil von diesem Wettbewerb. Wir geben Geld aus für den Klimaschutz und haben schon viel auf den Weg gebracht. Es muss zwingend nötig sein, was Frau Baitinger auch schon gesagt hat, dass man auch vergleichen kann, was andere Kommunen machen. Durch den Vergleich sehen wir, ob wir die richtigen Dinge machen und ob wir die Dinge richtig machen. Aus dem Grund unterstützen wir diesen Wettbewerb. Man kann sich natürlich immer ausruhen und sagen, wir machen das alles gut, es schadet aber nichts einmal nachzuschauen, wie es andere machen. Man lernt da grundsätzlich dabei. Es ist so eine Art Benchmarking für uns, eine sehr wirtschaftsorientierte Geschichte. Aus diesem Grund begrüßen wir es, an diesem Wettbewerb teilzunehmen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Herr Bürgermeister Stapf, bitte.

Bürgermeister Stapf: Es ist unbedingt notwendig, dass wir beim Thema Klimaschutz über unser irdisches Leben hinaus blicken. Wir werden die Erde hinterlassen und es ist wichtig, dass wir das im bestmöglichen Zustand anstreben. Das Leben geht nach dem Jahr 2015 für viele von Ihnen ganz sicherlich weiter, für manche vielleicht auch nicht.

(Unruhe, Zurufe)

Es ist unbedingt notwendig, die Langfristigkeit beim Klimaschutz mit zu bedenken, deshalb ist es unser Ziel, uns darauf einzustellen, was können wir denn erreichen in 30, 40 Jahren. Die eigentlichen Probleme des Klimaschutzes beziehen sich oft auf einen 100-jährigen Ausblick. Da gilt es jetzt, die Weichen zu stellen, denn die Ursachen des Klimawandels liegen schon weit zurück, und es unbedingt notwendig entgegenzusteuern.

Der Topf ist unseres Wissens einmalig. Das ist letztendlich ein Wettbewerb des Landes. Es ist durchaus nicht unüblich, dass Wettbewerbe wiederholt werden können. Das ist dann eher den Landespolitikern überlassen, unter deren Einfluss diese Entwicklung dann in der Weise voranzutreiben ist. Wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse öffentlich sein werden, werden das aber noch einmal hinterfragen.

Die Einrichtungen und Unternehmen, die sich beteiligen werden, ist unsere KEK, das ist das KIT, das ist das Fraunhofer-Institut und es ist noch ein privates Büro, dessen Namen ich jetzt nicht nennen möchte. Bezüglich der Investitionen gibt es viele Untersuchungen, die eigentlich alle darauf hinweisen, das Geld, was wir jetzt in den Klimaschutz investieren, bekommt man in vielfacher Weise zurück. Das bedeutet letztlich, wenn der Klimawandel ungebremst stattfindet, werden wir uns mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten auseinandersetzen müssen. Jetzt ist die Zeit für die zukünftigen Generationen, diese Folgen noch abzubremesen. Das ist unser Anliegen und deshalb denken wir, dass das Geld gut investiert ist.

(Beifall)

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage Nr. 515.
- 5-mal Nein, ansonsten Zustimmung, keine Enthaltungen. Damit nehmen wir teil unter der Voraussetzung, dass wir die Förderung kriegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet die Teilnahme der Stadt Karlsruhe am Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg und die Beauftragung einer entsprechenden Studie. Diese steht unter dem Vorbehalt einer Wettbewerbsauswahl und der in Aussicht gestellten 70%-Förderung durch das Land.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Verteiler

Ratsinformationssystem
Umwelt- und Arbeitsschutz
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
26. November 2010